



Kartengröße an den Herrn Minister

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Angesichts der bevorstehenden Novellierung des Zivildienstgesetzes ersuche ich Sie, sich ganz und voll für folgende Forderungen auf Wehrdienstverweigerung in Österreich. Dieses Recht ist derzeit umfassend in die Landesverteilung des Zivildienstes durch die Landesverteilung des Zivildienstes in die Landesverteilung des Zivildienstes auszusetzen. Daher: Umfassende Landesverteilung der Tätigkeiten der Zivildienstleistenden auf den Friedenspädagogischen Bereich, Zulassung dieser Arbeit und eine Ausbildung in entsprechenden Ausbildungen! (Keine Zivildienstkommission)

3) Ersatzlose Streichung der Gewissensprüfung! (Keine Begründung)

am 29. Jänner von der Friedenskonferenz in Salzburg beschlossen. Bitte diese Karte umbedingt ab!

# Gesamtösterreichisches Friedensplenum

Bei einer Beteiligung von 250 Friedensaktivisten/innen fand am Samstag, 15. April, in Wien das 3. gesamtösterreichische Friedensplenum d. J. statt. Erster Tagesordnungspunkt waren die ausstehenden Berichte der einzelnen Arbeitskreise von der Konferenz in Salzburg. In den Arbeitskreisen Umrüstung, Gewerkschafter für den Frieden und Bundesheer gab es übereinstimmende Meinungen, unterschiedliche Positionen gab es im Arbeitskreis Antimperialismus. Die Hauptstreitpunkte waren die Frage der friedlichen Koexistenz, die bewaffneten Befreiungsbewegungen und die Rolle der Sowjetunion als "natürlicher Verbündeter der Befreiungsbewegungen".

Es folgte der Bericht des Koordinationsausschusses (KOA) zum Stand der Vorbereitungen zur gesamtösterreichischen Woche vom 13. bis 20. Mai und die Berichte der Bundesländervertreter über die jeweils geplanten Aktivitäten. Derzeit unterstützen rund 230 Organisationen den Aufruf zur Friedenswoche. Eine heftige Diskussion entwickelte sich um den Antrag der AKJÖ wieder mit Stimmrecht im KOA vertreten zu sein, obwohl sie den Aufruf zur Friedenswoche nicht unterstützt. Dies wurde am Linzer Plenum als Bedingung für die Stimmberechtigung in den KOA beschlossen. Der Vertreter der AKJÖ, Schneider-